

Jobkiller Mindestlohn. Warum branchenspezifische Lohnuntergrenzen besser sind.

Seit dem 1. Januar 2015 gilt in ganz Deutschland ein gesetzlicher Mindestlohn. Das hat die Große Koalition beschlossen und feiert sich dafür. Allerdings ist diese vermeintliche sozialpolitische Wohltat eher ein Jobkiller: Hunderttausende Arbeitsplätze stehen auf dem Spiel – und eine höhere Jugendarbeitslosigkeit droht. Das zeigen die Erfahrungen unserer europäischen Nachbarn.

Was ist der Mindestlohn?

Mit dem Mindestlohn legt die Politik per Gesetz einen Mindestpreis für Arbeit fest. Der Staat greift also in die Tarifautonomie von Arbeitnehmern und Arbeitgebern ein.

Warum schadet der Mindestlohn?

In München kostet eine Wohnung mehr als in Gera. Daher gibt es in München auch andere Löhne als in Gera. Legt ein Gesetzgeber einen einheitlichen Mindestlohn fest, ist die Gefahr groß, dass er insbesondere in Ostdeutschland so hoch ist, dass eine Reihe von Jobs sich nicht mehr rechnen. Das hilft niemandem. Denn der schönste Mindestlohn bringt nichts, wenn man am Ende arbeitslos ist.

Wie groß ist die Gefahr des Jobverlusts?

Nach Schätzungen des ifo-Instituts gefährdet ein Einheitsmindestlohn von 8,50 Euro in der Stunde rund 1,2 Millionen Arbeitsplätze, davon allein 740.000 Minijobs. Laut Minijobzentrale sind in den ersten drei Monaten 2015 bereits fast 250.000 Minijobs weggefallen – die meisten davon in Ostdeutschland. Zudem wird es mehr Schwarzarbeit geben. Ganz bitter: Viele Geringqualifizierte und Jugendliche, die noch nie gearbeitet haben, haben es durch den Mindestlohn schwer, überhaupt Arbeit zu finden. Und es entstehen erhebliche Kosten für den Staat: Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung beziffert den erhöhten Verwaltungsaufwand und die Ausgaben für die Arbeitsvermittlung auf rund neun Milliarden Euro. Und es führt zu Wettbewerbsverzerrungen: So verloren 2007 nach der Einführung des Postmindestlohns durch die Große Koalition mehr als 17.000 Menschen ihren Arbeitsplatz – ein echter Wettbewerb blieb aus.

Was zeigen die Erfahrungen unserer europäischen Nachbarn?

Länder mit niedriger Arbeitslosigkeit wie Dänemark, Finnland und Österreich haben keinen gesetzlichen Mindestlohn. Europäische Länder mit flächendeckenden Mindestlöhnen kämpfen dagegen mit einer hohen Jugendarbeitslosigkeit: So war 2013 in Spanien die Arbeitslosenquote von Beschäftigten unter 25 Jahren mit rund 50 Prozent mehr als sechsmal so hoch wie in Deutschland; in Frankreich ist jeder vierte Jugendliche arbeitslos.

Zahlen die Arbeitgeber immer fair?

In Einzelfällen führt der Wettbewerbsdruck zwischen den Unternehmen und eine schwierige Verhandlungsposition der Arbeitnehmer dazu, dass niedrige Löhne gezahlt werden, von denen auch ein Vollzeitbeschäftigter nur mit finanzieller Unterstützung des Staates leben kann. Wird dies zum Geschäftsmodell für Unternehmen, ist das nicht gerecht: Es braucht Lohnuntergrenzen, oberhalb derer Arbeitnehmer und Arbeitgeber Spielraum für Lohnverhandlungen haben. Diese müssen aber auf Regionen und Branchen zugeschnitten sein.

Was will die FDP?

Wir wollen Lohnuntergrenzen, die Besonderheiten der Branchen und der Regionen berücksichtigen. Deutschland ist kein Niedriglohnland und soll es auch nicht werden. Aber was eine angemessene Lohnhöhe ist, können am besten die Experten der jeweiligen Branche – Arbeitgeber und Arbeitnehmer – beurteilen. Sie verständigen sich in Verhandlungen auf Tarifverträge mit passender Lohnuntergrenze für ihre Branche. Denn Löhne müssen sich stark an der Produktivität orientieren. Sonst gehen auf Dauer Arbeitsplätze verloren. Zudem brauchen wir eine Bildungsoffensive für Schulabgänger. Jungen Menschen wollen wir den Einstieg in den Arbeitsmarkt erleichtern und nicht durch den Mindestlohn verbauen.

Wer im Deutschen Bundestag einen einheitlichen Mindestlohn für ganz Deutschland beschließt und einführt, wie es die Große Koalition unter Beifall von Grünen und Linkspartei getan hat, riskiert den Verlust hunderttausender Arbeitsplätze. Mehr junge Menschen ohne Lohn und Brot werden dabei billigend in Kauf genommen. Der Einheitsmindestlohn wird damit zum Jobkiller.

Mehr Informationen finden Sie auf
fdp.de/argumente

Stand: Mai 2016